Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Abend-Ausgabe.

109. Jahrgang

Bezugspreise: für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure monatlich ins Haus gebracht: monatlich 1.25 M., vierteljährlich 3.75 M. Bei der Geschäftsstelle, unsern Filialen und Ausgabestellen abgeholt: monatlich 1 M., vierteljährlich 3 M. durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht: monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M. Durch die Post: innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., ausschließlich Postbestellgeld. Preis der Einzelnummer 10 Pf. In Leipzig, den Nachbarorten und den Orten mit eigenen Filialen wird die Abendausgabe noch am Abend des Erscheinens ins Haus geliefert.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8. • Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694.

Anzeigenpreise: für Anzeigen aus Leipzig und Umgebung die 1spaltige Petitzeile 25 Pf., die Reklamezeile 1 M., von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.25 M., Kleine Anzeigen die Petitzeile nur 20 Pf., b. Wiederhol. Rab., Anzeigen sonntags im amtlichen Teil die Petitzeile 60 Pf. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschrift im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagen: Gesamtauf. 7 M. das Tausend ausschl. Postgebühr. Anzeigen-Annahme: Johannisgasse 8, bei sämtlichen Filialen des Leipziger Tageblattes und allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes. Das Leipziger Tageblatt erscheint werktags 2mal, Sonn- u. Feiertags 1mal. Berliner Redaktion: In den Zelten 17, Fernsprech-Anschluß: Hansa Nr. 497.

Nr. 370. Freitag, den 23. Juli. 1915.

Ein neuer Hilfeschrei Russlands

Der ferne Osten

✻ Während im nahen Osten, an der Weichsel, am Narew und Bug, die Würfel geworfen werden über die künftige Gestalt der europäischen Erde, während an den Dardanellen die tapferen Türken um das Schicksal ihres Reiches ringen, und auch auf dem übrigen Balkan die Dinge einer endgültigen Entscheidung zutreiben, haben wir über all dem Gewaltigen, das sich hier vorbereitet, die Ereignisse im fernen Osten fast aus den Augen verloren. Und doch bereitet sich dort in aller Oeffentlichkeit eine Neugestaltung vor, die für Europa von außerordentlicher Bedeutung werden kann. Japans Ostasien-Politik entschleiert sich von Tag zu Tag mehr, und immer klarer tritt als Ziel dieser Politik die Einigung Ostasiens unter Japans Führung gegen die weiße Gefahr hervor. Es verschlägt dabei nichts, daß, wie der „Ostasiatische Lloyd" meint, Japan von dem falschen Gedanken ausgeht, als ob die europäischen Mächte China zertrümmern und wie ein zweites Afrika behandeln wollten; Tatsache bleibt, daß das Banner der aufgehenden Sonne das chinesische Riesenreich zu überschatten im Begriff ist, daß Japan in China eine moderne Weltpolitik zu treiben sich anschickt, die die größte Republik der Welt seinen Zwecken dienstbar machen will. Wie man sich in Japan das gedacht hat, zeigten die von China zurückgewiesenen Forderungen: die Munitionsdeckung aus Japan sollte die militärische Abhängigkeit, die Anstellung von japanischen Ratgebern eine solche der Verwaltung, und eine buddhistische Propaganda endlich sollte den japanischen Kultureinfluß in weite Schichten des chinesischen Volkes tragen.

Das Wichtigste ist und bleibt jedoch für Japan in der nächsten Zukunft die wirtschaftliche Eroberung Chinas, zu der man gerade jetzt durch die Gründung einer Japanisch-Chinesischen Bank den ersten bedeutsamen Schritt tut, nachdem man durch die China aufgezwungenen Bedingungen die Grundlagen gelegt hat. Keiner weißen Macht darf künftig das Reich des Drachens Teile der chinesischen Küste oder ihr vorgelagerte Inseln zu eigen oder in Erbpacht abtreten, die Bergwerksrechte in der Ostmongolei und der Bahnbau dort und in der Provinz Fukien sind ausschließlich den Japanern vorbehalten, mit einem Wort: Japan will, wie ein russisches Blatt treffend sagte, China „ägyptisieren". Der frühere holländische Gesandte in Peking, F. M. Knobel, hat recht, wenn er sagt, die Inselgruppen des Großen Ozeans, die Japan besetzt hat, die Eisen- und Steinkohlenlager und die Eisenbahnen in Schantung sowie Tsingtaus Hafen seien wertvolle Figuren auf dem Schachbrett der japanischen Vorherrschaft, und Peking erhebe bereits unter dem Schatten des in Korea, der Ostmongolei und an der südmandschurischen Bahn aufgepflanzten Sonnenbanners. Die China bespülenden Gewässer wurden ein japanisches Meer, als Herr von Formosa verfügt Japan in wirtschaftlicher Hinsicht schon über die gegenüberliegenden chinesischen Provinzen Fukien und Tschekiang. Was das alles für die großen europäischen Interessen in Mittelchina, besonders im Jangtsetal, bedeutet, liegt auf der Hand, und diese Bedeutung wächst, wenn Japan China nun gar zwingen will, an dem 100 Millionen Mark betragenden Kapital der Japanisch-Chinesischen Bank sich mit 30 Millionen zu beteiligen und damit seine Unterwerfung mit eigenem Geld zu unterstützen.

Daß China trotz seiner Größe und seiner 400 Millionen Menschen all diesen Bestrebungen Japans keinen ernsthaften Widerstand entgegenzusetzen vermag, ist seine eigene Schuld, da es sich jahrhundertelang hinter künstlichen Mauern verstecken zu können wähnte und nichts tat, um seine gewaltigen Kräfte zu heben und für den Staat nutzbringend zu gestalten. In Europa aber zerfleischen sich die Völker, und niemand ist da, der Japan entgegenzutreten imstande ist. Aber Japan sorgt nicht nur für die Gegenwart, es baut auch für die Zukunft bereits klug vor. Durch sein Bündnis mit England war es ihm möglich, im Russisch-Japanischen Krieg seinen gefährlichsten Wettbewerber Rußland aus dem Felde zu schlagen, so daß es jetzt im Osten völlig freie Hand hatte. Und da man in Tokio wohl weiß, daß nach diesem Weltkrieg, der Rußlands Sehnsüchte nach dem Westen auf lange Zeit dämpfen und seine Blicke wieder nach Mittel- und Ostasien lenken wird, der alte unüberbrückbare Gegensatz zwischen russischer und englischer Politik bald von neuem aufleben dürfte, suchen die klugen japanischen Politiker sich jetzt schon, mitten im Schlachtendonner, durch ein engeres Bündnis mit Rußland eine Rückversicherung in aller Form zu schaffen, die so vor allen Ueberraschungen der Zukunft zu schützen bestimmt ist. Daß seine Ländergier Rußland nach diesem Krieg in erster Linie über den Hindukusch und Pamir nach Indien streben läßt, darf man als sicher annehmen, und diesem Bestreben wird und will Japan keine Hindernisse in den Weg legen, da es ihm völlig freie Hand in Ostasien läßt. Englands anscheinend klug ausgesonnene Ostasienpolitik steht auf dem Punkte, Schiffbruch zu leiden und die Asquith und Grey zum Gespött der Welt zu machen.

Hilfe könnte dem „weltbeherrschenden" Albion allein durch Onkel Sam kommen, aber es ist mehr als unwahrscheinlich, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika, da in Zukunft Rußland nicht mehr im Bunde mit England gegen Japan zu haben sein wird, etwas Ernsthaftes gegen Japans Vorherrschaftsbestrebungen in Ostasien unternehmen werden, so unangenehm sie ihnen auch sein mögen. Dabei droht aber der Union auch der gelbe Feind im Westen des eigenen Landes, in Kalifornien und an der ganzen Pazifikküste, ernster als je, und selbst eine Bedrohung der Philippinen durch Japan ist nicht ausgeschlossen. Wenn die Vereinigten Staaten sich gegen diese Gefahr schützen wollen, bleibt ihnen bei der Entwicklung, die die Dinge in Ostasien bereits genommen haben und noch weiter nehmen werden, da Rußland als Rückendeckung und Bundesgenosse ausfällt, als einziger zuverlässiger Freund — Deutschland, das vor den Kopf zu stoßen Herr Wilson jedoch sich die redlichste Mühe gibt. Vielleicht betrachtet er sich einmal die Zukunft der Vereinigten Staaten unter den dargelegten Gesichtswinkeln und findet dann eine andere Sprache uns gegenüber, als er sie bisher zu führen beliebte.

Man sieht, der ferne Osten bildet ein bedeutsames Problem für sich, das wir trotz des Krieges nicht aus den Augen verlieren dürfen. Ja, es ist nicht unmöglich, was der englische Sozialistenführer Ramsay Macdonald dieser Tage im „Labour Leader" ausführte, daß die Politik Japans in Ostasien einen noch größeren Krieg als den jetzigen heraufbeschwören könne. Daß auch für das Deutsche Reich im fernen Osten nicht zu unterschätzende wirtschaftliche Werte auf dem Spiele stehen, und daß wir deshalb an der dortigen Entwicklung der Dinge nicht achtlos vorübergehen können, liegt auf der Hand, namentlich wenn, was wir alle hoffen, der uns durch England aufgezwungene jetzige Krieg mit unserem vollen Siege endet. Dann werden wir auch in Ostasien dereinst ein volles und gewichtiges Wort mitzureden haben.

Ein neuer Hilfeschrei aus Petersburg

(z.) 'o Gravenhage, 23. Juli. (Eigener Drahtbericht.) „Daily Expreß" meldet aus Petersburg: **Die Lage wird, da seit gestern Iwangorod stark bedroht ist, auch für Warschau jetzt als sehr ernst aufgefaßt. Gestern fand ein Ministerrat statt, in dem beschlossen wurde, die französische und die englische Heeresleitung auf das dringlichste zur Aufnahme der stärksten Offensive aufzufordern. Alle Vorräte der russischen Heeresverwaltung, die nicht direkt zur Durchhaltung der Belagerung notwendig sind, werden aus Warschau entfernt.**

Zwangsweise Entfernung von 110 000 Personen aus Warschau

(z.) Krakau, 23. Juli. (Eig. Drahtnachr.) Der „Czas" veröffentlicht folgende Mitteilungen aus Warschau: Ueber 18 000 Personen haben die Stadt freiwillig in der Zeit vom 1. bis 12. Juli verlassen, **und über 110 000 wurden auf Befehl des Generalgouverneurs zwangsweise fortgeschafft.** Der Pöbel hat auch in Warschau antideutsche Kundgebungen veranstaltet. Unter den Zurückgebliebenen werden massenhaft Verhaftungen vorgenommen.

Die Munitionssorge in Rußland

wtb. Petersburg, 23. Juli. Der Kadettenführer Maklakow befürwortet in einem Artikel im „Rjetsch", in der Duma alle politischen Fragen beiseite zu lassen und alle Kräfte für die Mobilisierung von Munitionsherstellung zusammenzuhalten. — „Rjetsch" bemerkt dazu, man könne nur mobilisieren, wo die Grundlagen dafür vorhanden seien. Man müsse lieber von einer Organisierung der Kräfte sprechen; dafür sei das politische Verhalten des Ministeriums von größter Bedeutung. Die „Nowoje Wremja" kommt hinsichtlich der Duma zu derselben Ansicht und erklärt, diese müsse scharf die Verschleppungen der Behörden kontrollieren. Die Hauptsache bleibe immer die Herstellung von Maschinengewehren.

Befürchtungen im Vierverband über die Lage im russischen Heere

wtb. Berlin, 23. Juli. Pariser, Londoner und Havreser Blätter lassen, wie verschiedene Morgenblätter melden, keinen Zweifel darüber, daß die Lage der russischen Heere im Vierverbandslager Befürchtungen einer Katastrophe aufkommen läßt.

Englands Schuld am Kriege

Dieses Thema beleuchtete das britische Parlamentsmitglied Jowett, Vorsitzender der Independent Labour Party (Unabhängige Arbeiterpartei), in einer im „Labour Leader" wiedergegebenen Rede. Schon 1911 habe Lord Rosebery in Glasgow gesagt, England sei Verpflichtungen eingegangen, über die selbst er, im einzelnen nicht unterrichtet sei. Es habe sich dabei immer um das Verhältnis zu Frankreich gehandelt, von dem englisch-französischen Abkommen über Marokko von 1904 ab, durch das England „ein Stück Papier" (den Vertrag von Madrid) zerrissen habe. Heimlich habe dann England mit Frankreich und Spanien ein Abkommen getroffen, das dem von Deutschland durchgesetzten Algeciras-Abkommen zuwiderlief; daraus sei Agadir und die deutsche Demütigung, daraus allein die deutsche Rüstung zum Kriege hervorgegangen. Sir E. Grey habe im August nach einer friedlichen Lösung getrachtet, sie aber im Voraus durch seine eigenen Abmachungen unmöglich gemacht. Unter diesen Umständen habe er, Jowett, nicht anerkennen können, daß es sich um einen gerechten Krieg handele, und für einen aus Unrecht geborenen Krieg, in den das Land mit verbundenen Augen gerissen sei, habe er sich nicht als Rekrutierungsagent hergeben können, wie man es ihm angesonnen habe.

Italienischer Generalstabsbericht

wtb. Rom, 22. Juli. Amtlicher Bericht von 7 Uhr abends:

In Tirol, in Trentino und in Kärnten ist die Lage unverändert. Auf der Isonzofront fuhr unsere Offensive gestern fort, sich in der ganzen Zone vom Krn bis zum Hochplateau des Karst zu erstrecken. Hier behaupteten wir nach einer Rückkehr der Offensive des Feindes, der unseren linken Flügel von der Isonzobrücke abzudrängen versuchte, trotzdem unsere früheren Stellungen und drangen an einigen Punkten erheblich vor. Hierbei wurden viele Gefangene, etwa 500, gemacht und viele Waffen und Munition erbeutet. Die Luftaufklärung und Aussagen der Gefangenen lassen erkennen, daß beim Feind Verstärkungen angekommen sind, die nach den Erklärungen von Gefangenen selbst schleunigst und in aufgelösten Formationen an die Front geschickt wurden, um die außerordentlich großen Verluste des Feindes auszugleichen.

Der österreichische Oberbefehlshaber am Isonzo

Wie wir Budapester Blättern entnehmen, führt das Oberkommando der Streitkräfte an der Isonzofront General v. Boroevic, der früher eine Armee in den Karpathen geführt hatte.

Deutsche Flieger über Nancy

wtb. Paris, 22. Juli. „Petit Parisien" schreibt: In den letzten Tagen haben deutsche Flugzeuge mehrere Male Remiremont und Nancy überflogen. Die von ihnen abgeworfenen Bomben verursachten nur geringen Sachschaden. Die deutschen Flugzeuge mußten infolge der heftigen Beschießung durch die französische Artillerie schnell nach den deutschen Linien zurückkehren.

Ein französisches Unterseeboot vermißt

wtb. Frankfurt a. M., 23. Juli. Wie der Korrespondent der „Frankf. Ztg." in Genf aus zuverlässiger Quelle erfährt, wird das französische Unterseeboot „Joule" seit dem 23. April vermißt. Es ist bisher keinerlei Nachricht wieder von ihm eingelaufen, so daß an dem Untergang des Bootes nicht mehr gezweifelt werden kann.

Die Verluste der französischen Handelsflotte

(z.) Genf, 23. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) Die Verluste der französischen Handelsflotte seit Beginn des deutschen Unterseebootskrieges werden in der „Tribune" bis zum 1. Juli mit 34 Handelsschiffen, 18 Küstenfahrzeugen und 16 anderen Fahrzeugen beziffert. Seit Beginn des Unterseebootskrieges werden die französischen Handelsschiffe von der Nordsee und dem Kanal ferngehalten, so daß die trotz dieser Vorsichtsmaßnahme entstandenen Verluste bedeutend zu nennen sind.

Handel und Neutralität in den Vereinigten Staaten

Ueber die völlige Unterbindung des Handelsverkehrs zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten und die daraus entspringenden Gefahren schreibt die „Washington Post" in einem Leitartikel:

„Amerikanische Importeure deutscher Waren sehen sich dem Ruin gegenüber, weil England den Warenaustausch mit Deutschland unmöglich macht. Die Warenlager in Rotterdam und Amsterdam wie die Häfen in Norwegen, Schweden und Dänemark sind mit deutschen Waren angefüllt, die nach den Vereinigten Staaten bestimmt sind. Auch nicht ein Pfund Bannware befindet sich darunter. Die einzige gesetzlich zulässige Möglichkeit für England, den deutschen Handel unmöglich zu machen, wäre die Errichtung einer Blockade. Aber England selbst wagt nicht, zu behaupten, daß es die deutschen Häfen blockiert halte. Seine Flotte befindet sich nicht einmal in der Nordsee, geschweige denn in Ausübung der Blockade der deutschen Häfen. Nicht mit gesetzlich zulässigen Mitteln sucht England seine Ziele zu erreichen, sondern nach Art der Seeräuber fängt es die Schiffe auf hoher See ab.

Das Vorgehen Englands zur See stellt eine direkte Verletzung der Rechtsnormen dar, wie sie von England selbst zu wiederholten Malen festgelegt worden sind. Es ist eine mit Verachtung gepaarte Herausforderung der Vereinigten Staaten, die die Rechte der amerikanischen Bürger mit Füßen tritt. Läge England mit Deutschland nicht im Krieg, so würde sein Vorgehen gegen den amerikanischen Handel bei uns einen Sturm der Entrüstung entfachen. Nur wegen der welterschütternden Ereignisse im alten Europa findet der englische Angriff auf unseren Handel weniger Beachtung, trotzdem er unsere an diesem Handel interessierten Firmen mit dem Ruin bedroht, wenn keine Aenderung kommt.

Dabei liegt die Gefahr, daß wir tatenlos zusehen, wie England unseren Handel erdrosselt, keineswegs nur auf finanziellem Gebiete. Im Gegenteil, unser Verhalten muß ernste Zweifel bezüglich der amerikanischen Neutralität wachrufen. „Wenn die Vereinigten Staaten wirklich unparteiisch sein wollen, wenn sie ein Freund Deutschlands sein wollen, warum erlauben sie dann England, die Lebensmittelzufuhr Deutschlands abzuschneiden?" So lautet die Frage, die immer häufiger von deutscher Seite getan wird und die zweifellos auch die deutsche Regierung in der Antwort auf die „Lusitania"-Note zur Sprache bringen wird.

Die Vereinigten Staaten haben genau so das Recht, Lebensmittel an Deutschland zu liefern, wie Munition an die Verbündeten. Wenn wir uns mit Recht geweigert haben, die Waffenausfuhr zu verbieten, und jetzt zugeben, daß die Nutznießer dieser Ausfuhr auch noch einen derartigen Schlag gegen Deutschland führen können, so ist das keine neutrale Haltung mehr. Solch Verhalten muß notwendigerweise dazu führen, das gespannte Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland zu verschärfen. Denn jeder Deutsche muß da die Ueberzeugung bekommen, daß Amerika nicht ernstlich bestrebt ist, seine Neutralität aufrechtzuhalten. Wenn wir unseren Protest gegen England nicht wirkungsvoll machen, so läuft das auf eine tatsächliche Begünstigung Englands und eine entsprechende Benachteiligung Deutschlands hinaus. Wer wagt da noch zu behaupten, daß ein solcher Kurs angesichts des verzweifelten Existenzkampfes der kriegführenden Mächte klug und vorsichtig wäre?"

Mehr als tausend angesehene amerikanische Importhäuser haben sich zusammengetan, durch ihren Rechtsbeistand eine Petition an den Präsidenten Wilson aufsetzen lassen und diese durch eine Deputation dem neuen Staatssekretär Lansing persönlich überreicht. Darin heißt es:

„Während des Jahres 1914 und Anfang dieses Jahres haben wir Kontrakte für große Lieferungen mit deutschen und österreichischen Firmen abgeschlossen. Wir haben uns verpflichtet, diese Waren zu bestimmten Zeiten abzunehmen. Ein großer Teil dieser Waren ist jetzt versandfertig, und die Fabrikanten verlangen Bezahlung dafür. Wir sehen uns jetzt in der mißlichen Lage, für Waren, die wir nicht erhalten haben, bezahlen zu müssen, ganz abgesehen davon, daß wir von dieser Ware an amerikanische Firmen weiterverkauft haben, die uns für prompte Lieferung verantwortlich halten."

Des weiteren wird dann dargelegt, daß England entgegen allen völkerrechtlichen Bestimmungen die Versendung dieser Waren von Deutschland nach den Vereinigten Staaten unmöglich mache, insbesondere wird darauf hingewiesen, daß eine wirksame Blockade der deutschen Häfen gar nicht bestehe. Die Petition schließt mit den Worten:

„Wir ersuchen deshalb unsere Regierung mit allem schuldigen Respekt, so bald wie möglich festzustellen, ob uns gestattet ist, unsere Geschäfte unter dem Schutze der bestehenden völkerrechtlichen Bestimmungen fortzusetzen."

SLUB
Wir führen Wissen.